Gadebusch-Rehnaer Zeitung MITTWOCH, 22. JUNI 2011

Kein Urteil im Fall Boltenhagen

Streit zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretern hält an / Das Oberverwaltungsgericht will noch in dieser Woche eine Entscheidung treffen

BOLTENHAGEN Das Oberverwaltungsgericht hat noch kein Urteil über die Zukunft von Boltenhagen gefällt und trotzdem gibt es schon wieder Streit. Wie so oft zwischen Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) und Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Es geht mal wieder um die Amtsfreiheit. Das Innenministerium hatte angeordnet, dass Boltenhagen sich zum 1. Juli dem Amt Klützer Winkel anschließen soll. Nach Bürgerprotesten hatten die Gemeindevertreter beschlossen, die Anordnung aus Schwerin prüfen zu lassen. Vergangene Woche gab es dazu eine Anhörung vor dem Oberverwaltungsgericht in Greifswald. Dort hatte Claus den Vorschlag gemacht, die Anordnung bis zum 31. Dezember hinauszuzögern. „Dann“, so Claus, „würde ich die Klage zurückziehen.“ In Schwerin gab es offenbar Gesprächsbereitschaft. Allerdings käme für das Innenministerium nur der 1. Oktober in Frage, so Claus.

Dann kam jedoch die Kehrtwende. Das Innenministerim schickte dem Oberverwaltungsgericht ein Fax zu, das unserer Zeitung vorliegt. Darin heißt es: „Das Amt Klützer Winkel und die Gemeinde Boltenhagen können über einen späteren Termin keine Einigkeit erzielen, insbesondere die Gemeindevertretung will am in der Verordnung festgelegten Zeitpunkt 1. Juli festhalten.“ Für Bürgermeister Olaf Claus eine „Riesensauerei“: „Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben.“ Nach Ansicht von Claus darf Schmiedeberg so eine Erklärung als Gemeindevorsteher aber nicht abgeben. „Wer als Gemeindevertreter auftritt, muss einen Beschluss haben. Das ist zwingend vorgeschrieben laut Kommunalverfassung.“ So einen Beschluss gebe es aber nicht. Claus: „Das heißt das Innenministerium verhandelt hier mit irgendeinem ‚Bürger’ aus Boltenhagen, der ehrenamtlich Gemeindevertreter ist und setzt ihn praktisch auf eine Stufe mit dem hauptamtlichen Bürgermeister. Und der gibt hier Erklärungen ab für die Gemeindevertretung.“ Claus wolle darüber das Oberverwaltungsgericht informieren. Denn seiner Meinung nach ist das ungesetzlich.

„Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben.“

Olaf Claus
Bürgermeister Boltenhagen

Stimmt nicht, sagt Christian Schmiedeberg. Er wirft dem Bürgermeister Rechtsbruch vor. „Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft. Ob es eine Terminverschiebung gibt, hat immerhin noch die Gemeindevertretung zu entscheiden.“ Schmiedeberg bestätigt, dass es eine Telefonkonferenz mit einigen Gemeindevertreten gab. Dabei sei es um die Frage gegangen: „Wollen wir überhaupt so einen Kompromiss?“ Die Antwort war eindeutig und lautet Nein. Schmiedeberg: „Ich sehe überhaupt keinen Grund, weshalb wir noch bis zum 1. Oktober warten sollen. Was soll der Quatsch. Nur damit jemand noch weiter seine Bezüge bekommt? Wir haben im letzten halben Jahr überhaupt nichts auf den Weg gebracht.“ Das habe er auch dem Innenministerium gesagt. „Ich habe mitgeteilt, dass ich davon ausgehe, dass die Gemeindevertretung an dem Termin 1. Juli festhält.“

Ob die Anordnung des Innenministeriums rechtmäßig ist, darüber will das Oberverwaltungsgericht Greifswald noch in dieser Woche entscheiden. Innenminister Lorenz Caffier hatte Boltenhagens Verwaltung ein extrem schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er sprach sogar von Missständen in Mecklenburg-Vorpommerns kleinster amtsfreier Gemeinde. Laut Innenminister liege die nur unzureichende Leistungsfähigkeit des Ostseebades auch an dem seit zwei Jahren dauernden Streit zwischen Bürgermeister Claus und den Gemeindevertretern. Damit die Verwaltung wieder ordentlich arbeiten kann, soll das Ostseebad nach Auffassung von Caffier mit dem Amt Klützer Winkel fusionieren. *stol*

„Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft.“

Christian Schmiedeberg
Gemeindevertreter Boltenhagen

Gadebusch-Rehnaer Zeitung MITTWOCH, 22. JUNI 2011

Kein Urteil im Fall Boltenhagen

Streit zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretern hält an / Das Oberverwaltungsgericht will noch in dieser Woche eine Entscheidung treffen

BOLTENHAGEN Das Oberverwaltungsgericht hat noch kein Urteil über die Zukunft von Boltenhagen gefällt und trotzdem gibt es schon wieder Streit. Wie so oft zwischen Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) und Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Es geht mal wieder um die Amtsfreiheit. Das Innenministerium hatte angeordnet, dass Boltenhagen sich zum 1. Juli dem Amt Klützer Winkel anschließen soll. Nach Bürgerprotesten hatten die Gemeindevertreter beschlossen, die Anordnung aus Schwerin prüfen zu lassen. Vergangene Woche gab es dazu eine Anhörung vor dem Oberverwaltungsgericht in Greifswald. Dort hatte Claus den Vorschlag gemacht, die Anordnung bis zum 31. Dezember hinauszuzögern. „Dann", so Claus, „würde ich die Klage zurückziehen." In Schwerin gab es offenbar Gesprächsbereitschaft. Allerdings käme für das Innenministerium nur der 1. Oktober in Frage, so Claus.

Dann kam jedoch die Kehrtwende. Das Innenministerim schickte dem Oberverwaltungsgericht ein Fax zu, das unserer Zeitung vorliegt. Darin heißt es: „Das Amt Klützer Winkel und die Gemeinde Boltenhagen können über einen späteren Termin keine Einigkeit erzielen, insbesondere die Gemeindevertretung will am in der Verordnung festgelegten Zeitpunkt 1. Juli festhalten." Für Bürgermeister Olaf Claus eine „Riesensauerei": „Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben." Nach Ansicht von Claus darf Schmiedeberg so eine Erklärung als Gemeindevorsteher aber nicht abgeben. „Wer als Gemeindevertreter auftritt, muss einen Beschluss haben. Das ist zwingend vorgeschrieben laut Kommunalverfassung." So einen Beschluss gebe es aber nicht. Claus: „Das heißt das Innenministerium verhandelt hier mit irgendeinem ‚Bürger' aus Boltenhagen, der ehrenamtlich Gemeindevertreter ist und setzt ihn praktisch auf eine Stufe mit dem hauptamtlichen Bürgermeister. Und der gibt hier Erklärungen ab für die Gemeindevertretung." Claus wolle darüber das Oberverwaltungsgericht informieren. Denn seiner Meinung nach ist das ungesetzlich.

> *„Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben."*
>
> **Olaf Claus**
> Bürgermeister Boltenhagen

Stimmt nicht, sagt Christian Schmiedeberg. Er wirft dem Bürgermeister Rechtsbruch vor. „Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft. Ob es eine Terminverschiebung gibt, hat immerhin noch die Gemeindevertretung zu entscheiden." Schmiedeberg bestätigt, dass es eine Telefonkonferenz mit einigen Gemeindevertreten gab. Dabei sei es um die Frage gegangen: „Wollen wir überhaupt so einen Kompromiss?" Die Antwort war eindeutig und lautet Nein. Schmiedeberg: „Ich sehe überhaupt keinen Grund, weshalb wir noch bis zum 1. Oktober warten sollen. Was soll der Quatsch. Nur damit jemand noch weiter seine Bezüge bekommt? Wir haben im letzten halben Jahr überhaupt nichts auf den Weg gebracht." Das habe er auch dem Innenministerium gesagt. „Ich habe mitgeteilt, dass ich davon ausgehe, dass die Gemeindevertretung an dem Termin 1. Juli festhält."

Ob die Anordnung des Innenministeriums rechtmäßig ist, darüber will das Oberverwaltungsgericht Greifswald noch in dieser Woche entscheiden. Innenminister Lorenz Caffier hatte Boltenhagens Verwaltung ein extrem schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er sprach sogar von Missständen in Mecklenburg-Vorpommerns kleinster amtsfreier Gemeinde. Laut Innenminister liege die nur unzureichende Leistungsfähigkeit des Ostseebades auch an dem seit zwei Jahren dauernden Streit zwischen Bürgermeister Claus und den Gemeindevertretern. Damit die Verwaltung wieder ordentlich arbeiten kann, soll das Ostseebad nach Auffassung von Caffier mit dem Amt Klützer Winkel fusionieren. *stol*

> *„Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft."*
>
> **Christian Schmiedeberg**
> Gemeindevertreter Boltenhagen

Kein Urteil im Fall Boltenhagen

Streit zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretern hält an / Das Oberverwaltungsgericht will noch in dieser Woche eine Entscheidung treffen

BOLTENHAGEN Das Oberverwaltungsgericht hat noch kein Urteil über die Zukunft von Boltenhagen gefällt und trotzdem gibt es schon wieder Streit. Wie so oft zwischen Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) und Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Es geht mal wieder um die Amtsfreiheit. Das Innenministerium hatte angeordnet, dass Boltenhagen sich zum 1. Juli dem Amt Klützer Winkel anschließen soll. Nach Bürgerprotesten hatten die Gemeindevertreter beschlossen, die Anordnung aus Schwerin prüfen zu lassen. Vergangene Woche gab es dazu eine Anhörung vor dem Oberverwaltungsgericht in Greifswald. Dort hatte Claus den Vorschlag gemacht, die Anordnung bis zum 31. Dezember hinauszuzögern. „Dann", so Claus, „würde ich die Klage zurückziehen." In Schwerin gab es offenbar Gesprächsbereitschaft. Allerdings käme für das Innenministerium nur der 1. Oktober in Frage, so Claus.

Dann kam jedoch die Kehrtwende. Das Innenministerim schickte dem Oberverwaltungsgericht ein Fax zu, das unserer Zeitung vorliegt. Darin heißt es: „Das Amt Klützer Winkel und die Gemeinde Boltenhagen können über einen späteren Termin keine Einigkeit erzielen, insbesondere die Gemeindevertretung will am in der Verordnung festgelegten Zeitpunkt 1. Juli festhalten." Für Bürgermeister Olaf Claus eine „Riesensauerei": „Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben." Nach Ansicht von Claus darf Schmiedeberg so eine Erklärung als Gemeindevorsteher aber nicht abgeben. „Wer als Gemeindevertreter auftritt, muss einen Beschluss haben. Das ist zwingend vorgeschrieben laut Kommunalverfassung." So einen Beschluss gebe es aber nicht. Claus: „Das heißt das Innenministerium verhandelt hier mit irgendeinem ‚Bürger' aus Boltenhagen, der ehrenamtlich Gemeindevertreter ist und setzt ihn praktisch auf eine Stufe mit dem hauptamtlichen Bürgermeister. Und der gibt hier Erklärungen ab für die Gemeindevertretung." Claus wolle darüber das Oberverwaltungsgericht informieren. Denn seiner Meinung nach ist das ungesetzlich.

> *„Die Gemeindevertretung hat überhaupt nicht getagt. Das kann nur ein Herr Schmiedeberg erklärt haben."*
>
> **Olaf Claus**
> Bürgermeister Boltenhagen

Stimmt nicht, sagt Christian Schmiedeberg. Er wirft dem Bürgermeister Rechtsbruch vor. „Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft. Ob es eine Terminverschiebung gibt, hat immerhin noch die Gemeindevertretung zu entscheiden." Schmiedeberg bestätigt, dass es eine Telefonkonferenz mit einigen Gemeindevertreten gab. Dabei sei es um die Frage gegangen: „Wollen wir überhaupt so einen Kompromiss?" Die Antwort war eindeutig und lautet Nein. Schmiedeberg: „Ich sehe überhaupt keinen Grund, weshalb wir noch bis zum 1. Oktober warten sollen. Was soll der Quatsch. Nur damit jemand noch weiter seine Bezüge bekommt? Wir haben im letzten halben Jahr überhaupt nichts auf den Weg gebracht." Das habe er auch dem Innenministerium gesagt. „Ich habe mitgeteilt, dass ich davon ausgehe, dass die Gemeindevertretung an dem Termin 1. Juli festhält."

Ob die Anordnung des Innenministeriums rechtmäßig ist, darüber will das Oberverwaltungsgericht Greifswald noch in dieser Woche entscheiden. Innenminister Lorenz Caffier hatte Boltenhagens Verwaltung ein extrem schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er sprach sogar von Missständen in Mecklenburg-Vorpommerns kleinster amtsfreier Gemeinde. Laut Innenminister liege die nur unzureichende Leistungsfähigkeit des Ostseebades auch an dem seit zwei Jahren dauernden Streit zwischen Bürgermeister Claus und den Gemeindevertretern. Damit die Verwaltung wieder ordentlich arbeiten kann, soll das Ostseebad nach Auffassung von Caffier mit dem Amt Klützer Winkel fusionieren. *stol*

> *„Der Bürgermeister hat überhaupt keine Kompromissvorschläge zu machen, sofern es die Angelegenheiten der Gemeinde betrifft."*
>
> **Christian Schmiedeberg**
> Gemeindevertreter Boltenhagen